re:publica26

Vom Ankündigen zum Liefern

[21.05.2026] Auf der Digitalkonferenz re:publica26 zieht Bundesdigitalminister Karsten Wildberger eine Jahresbilanz und spricht sich resolut für mehr digitale Souveränität und Open Source aus.

Ein Jahr nach seinem Amtsantritt hat Bundesdigitalminister Karsten Wildberger auf der re:publica eine Zwischenbilanz seines Wirkens gezogen. Schon im vergangenen Jahr war er Gast auf der Digitalkonferenz. „Vor einem Jahr hatte ich vor allem Absichten im Gepäck und heute Dinge, die wir bereits umgesetzt haben“, sagte er am Dienstagabend (19. Mai 2026) vor etwa 1.000 Zuhörern. Das neu geschaffene Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung (BMDS) ist nach seinen Angaben innerhalb von zwölf Monaten von einer kleinen Aufbaueinheit auf 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angewachsen. Digitalisierung ist seitdem „jeden Mittwoch am Kabinettstisch“ verankert. Damit verbindet Wildberger den Anspruch, das Querschnittsthema strukturell stärker in der Regierungsarbeit zu verankern.

Vor allem geht es ihm dabei um das Thema digitale Souveränität. Hier sei Deutschland nicht weit genug und habe 20 Jahre lang bei den großen technologischen Umbrüchen lediglich zugesehen: „Die Plattformen wurden anderswo gebaut, die Standards anderswo gesetzt und die Werte, die in diese Systeme eingegossen wurden, sind oft nicht unsere“, erklärte der Minister. Neben machtpolitischen Abhängigkeiten resultierten hieraus auch große wirtschaftliche Nachteile. Angesichts der Milliardensummen, die der deutsche Staat für Softwarelizenzen beispielsweise an Microsoft und Oracle aufbringt, stellte Wildberger fest, dass diese Gelder umzuleiten, nichts koste. Er sprach sich in diesem Zusammenhang für eine stärkere Unterstützung der digitalen Binnenwirtschaft und von Start-ups aus.

Eigene Lösungen bauen

Um zu größerer Handlungsfähigkeit zurückzufinden, ist für Wildberger eine gezielte Stärkung der digitalen Souveränität notwendig. Dazu zählt auch, dass die Institution, die den Titel im Namen trägt – das Zentrum für Digitale Souveränität (ZenDiS) in Bochum – „strukturell und finanziell neu aufgestellt wird, um skalier- und wettbewerbsfähige Produkte zu entwickeln, die proprietäre Software ersetzen können“, so der Minister. Dabei versteht Wildberger Souveränität ausdrücklich nicht als Abschottung, sondern als Wahlfreiheit: „die Wahl, welche Infrastruktur wir nutzen, die Wahl, welchen Werten unsere Systeme folgen, die Wahl, im Zweifel auch Nein zu sagen. Und vor allem die Wahl, eigene Lösungen, eigene Produkte zu bauen.“ Hieran arbeite sein Ministerium auf vier Ebenen: bei den Regeln, beim Code, bei der Plattform und bei Künstlicher Intelligenz.

Open Source soll verbindlich werden

Open-Source-Software als Leitprinzip auszurufen, ist wohlfeil. Das weiß auch Wildberger – und er beabsichtigt, „zu liefern“. In der Bundesverwaltung wird gerade OpenDesk ausgerollt, eine vollständig auf Open Source basierende Arbeitsplatz-Suite vom ZenDiS, die nach Angaben des Ministers im eigenen Haus bereits auf dreißig Prozent der Arbeitsplätze läuft. Um diesen Prozess weiter zu verstetigen, soll bei allen Beschaffungen des Bundes künftig Open Source Vorrang genießen, „wo immer es eine tragfähige

Lösung gibt“. Dies sei nun in den Vergabekriterien verankert. Darüber hinaus gilt: Public Money, Public Code. Das heißt, der Code, den der Bund mit Steuermitteln bauen lässt, gehört der Öffentlichkeit. Zudem sollen Open-Source-Repositories und -Communities stärker unterstützt werden, um Produkte zugänglich zu machen und sie zu pflegen.

Vorreiter Schleswig-Holstein

Hier ist Schleswig-Holstein weiter. Auf einem anderen Panel der re:publica zeigte Dirk Schrödter, Chef der Staatskanzlei und Minister für Digitalisierung und Medienpolitik in Schleswig-Holstein, wie sein Bundesland seit März 2024 mit dem Roll-out von Open Source voranschreitet. Konsequent wird im hohen Norden Microsoft Office durch LibreOffice abgelöst und die Migration von Microsoft Exchange und Outlook auf Open-Xchange und Thunderbird vorangetrieben. Auch die Zugriffsrechteverwaltung wird schrittweise vom MS Active Directory auf eine Open-Source-Lösung überführt.

Schrödter kam dabei auch auf den notwendigen Kompetenzaufbau zu sprechen, den der Landes-IT-Dienstleister gerade vollzieht, um offene Innovation und ein Ökosystem neuer Lösungen zu ermöglichen. Hierfür erforderliche Budgets werden von den traditionellen Lizenzzahlungen hin zur Förderung von Communites, Entwicklung und Betrieb umgeschichtet. „Diese Umschichtung ist ganz entscheidend. Denn was machen wir mit unseren bisherigen Budgets?“, fragte der Digitalminister rhetorisch, „wir finanzieren technologischen Fortschritt außerhalb Europas.“ Allerdings findet der Open-Source-Roll-out in Schleswig-Holstein gegenwärtig nur auf Landesebene statt. Trotz großen Interesses stellt sich die Umsetzung in Kommunen aufgrund knapper Ressourcen als eine massive Herausforderung dar, die sich das Land offenbar finanziell nicht aufbürden will.

Deutschland-Stack als gemeinsame Plattform

Um auf Bundesebene zu größerer digitaler Souveränität zu gelangen, verwies Karsten Wildberger auf den Deutschland-Stack. Dahinter steht die Idee einer gemeinsamen digitalen Plattform für Bund, Länder, Kommunen und die Wirtschaft. Deren Architektur sieht zunächst gemeinsame Standards für Entwicklung, Schnittstellen und Interoperabilität vor, die offen, dokumentiert und nachnutzbar sein müssen. Darauf soll eine souveräne Cloud-Infrastruktur aufbauen, „nicht als Blackbox eines einzelnen Anbieters, sondern offen gebaut, damit andere darauf aufsetzen können“, so Wildberger. Hier laufe konkret eine „erweiterte“ Ausschreibung und die Beauftragung stehe kurz bevor. Als dritte Schicht nannte er schließlich Anwendungen, die auf dieser Infrastruktur basieren, wie digitale Identitäten, Verwaltungszugänge und eine KI-Plattform für Behörden.

Der entscheidende Mehrwert dieses Stacks liegt für Wildberger in der Nachnutzung. Was eine Behörde entwickelt, soll nicht in der nächsten Kommune oder im nächsten Bundesland erneut gebaut werden müssen. Der Staat will als Plattformbetreiber auftreten und ein Ökosystem ermöglichen, in dem auch Unternehmen und Start-ups auf offenen Schnittstellen aufsetzen können. Praktisch könnte das bedeuten: weniger Insellösungen, weniger Doppelarbeit, mehr gemeinsame technische Grundlagen. Ob es tatsächlich soweit kommt, bleibt beim grassierenden Willen zur Eigenlösung indes abzuwarten.

Hoffnungsträger KI

Wildberger kam in seiner Rede noch auf die EUDI-Wallet zu sprechen, die er schon mehrfach für den 2. Januar 2027 angekündigt hat. Er betonte, dass die Wallet trotz großer Vorbehalte in der Netzgemeinde auf

Datensparsamkeit, Open Source und „selective disclosure“ setze: „Ich gebe nur preis, was ich preisgeben muss.“ Auf die spätere Nachfrage von re:publica-Mitbegründer Markus Beckedahl, ob die Wallet einmal verpflichtend werde, antwortete Wildberger, dass die Nutzung freiwillig sein und durch Mehrwert überzeugen müsse. Mehr als 100 Anbieter erproben bereits Anwendungen für das digitale Etui.

Last but not least arbeitet das BMDS sehr konzentriert am Thema Künstliche Intelligenz. „Mit Künstlicher Intelligenz öffnet sich gerade ein Fenster, vielleicht das letzte große, das entscheidende Fenster“, so Wildberger. Wenn Deutschland und Europa hier nicht zu tragfähigen eigenen Lösungen und Produkten finden, „entscheiden andere darüber, wie wir in den kommenden Jahren leben, kommunizieren und uns organisieren.“ Dabei stünden Verbraucherschutz und Produktsicherheit – worauf europäische Plattformregulierungen wie der Digital Markets Act und der Digital Service Act abzielen – auch bei KI-Systemen nicht zur Disposition.

Souveräne KI braucht eigene Infrastruktur

Mit Verweis auf die erste nationale Rechenzentrumsstrategie kündigte Wildberger eine Verdopplung der Rechenzentrums-Gesamtkapazität auf rund sechs Gigawatt bis 2030 an. Die KI-Kapazität soll sich dadurch vervierfachen, ohne dass Energieeffizienz und Nachhaltigkeit an Bedeutung verlieren. Wie sein Staatssekretär Markus Richter am Folgetag hob Wildberger das Beispiel der KI-gestützten Bearbeitung komplexer Infrastrukturgenehmigungen hervor. Eine bereits in Hamburg, Nordrhein-Westfalen und bei der Bundesnetzagentur eingesetzte KI-Lösung habe den Arbeitsaufwand um 80 Prozent vermindert. 1000-seitige Unterlagen, für welche die Sachbearbeitung Monate benötige, könne eine KI binnen Stunden sichten und sortieren.

Von solchen schönen Aussichten beflügelt, betonte Wildberger die Dringlichkeit, technologisch aufzuholen und Rahmenbedingungen zu schaffen, die private Akteure – insbesondere junge, innovative Unternehmen – fördern und ausländische Mitbewerber unter Umständen ausschließen. Zum Abschluss seiner Rede warb Wildberger um aktive Mitwirkung der digitalen Zivilgesellschaft. Es brauche eine Community, „die in den Code schaut, die Standards hinterfragt, die Schnittstellen testet und Barrieren findet, bevor sie Millionen Menschen im Alltag begegnen“. Großer Applaus ließ nicht lange auf sich warten.

()

Stichwörter: Politik, Digitale Souveränität, re:publica